Feministen Control Control

Magazin der SPÖ Frauen –



Prävention in allen Bereichen.

Männliches Besitzdenken und Machtgehabe sind die Ursache vieler Gewalttaten. Wir brauchen einen tiefgreifenden Wandel. Seite 2 und 3.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Frauenministerin und SPÖ-Frauenvorsitzende Eva-Maria Holzleitner im Gespräch über den Nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen. Seite 4 und 5.



Mehr Schutz, mehr Sicherheit.

ch will mich sicher fühlen. Am Heimweg nach der Arbeit, im Bekanntenkreis, wenn ich mit Freundinnen unterwegs bin – dieser Wunsch verbindet Mädchen und Frauen jeden Alters. Schutz vor Gewalt muss allumfassend sein. Es beginnt bei den Einstellungen und Rollenbildern, die schon im Kindergarten und in Schulen vermittelt werden und zieht sich durch alle Bereiche des Lebens.

Gewalt verhindern.

Eine wichtige Maßnahme zur Prävention ist die Verschärfung der Waffengesetze, die die Bundesregierung umgesetzt hat: Höheres Mindestalter, klinisch-psychologisches Gutachten, Waffenverbot bei Ermittlungen bei Gewalt im sozialen Nahraum – all das wird die Sicherheit erhöhen. Gleichzeitig muss der Schutz in allen anderen Bereichen verstärkt werden. Klar ist: Gewalt an Frauen ist ein strukturelles Problem.

Wir brauchen Veränderung.

Es ist in Österreich noch gar nicht so lange her, dass Frauen ihre Ehemänner um Erlaubnis fragen mussten, wenn sie berufstätig sein wollten – für junge Frauen heute kaum mehr vorstellbar. Die Familienrechtsreform 1975 hat die Grundlage für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gelegt, aber alte Rollenmuster halten sich hartnäckig. Dazu kommen gefährliche Männlichkeitsbilder, die auf Social Media verbreitet werden. Männliches Besitzdenken und Machtgehabe sind die Ursache vieler Gewalttaten. Da braucht es einen tiefgreifenden Wandel.

Rechtfertigungsdruck.

"Warum haben Sie sich nicht stärker gewehrt?" Wenn es um sexuelle Übergriffe geht, sind es in der öffentlichen Debatte immer noch die Opfer, die sich rechtfertigen müssen. Warum sind sie zu dem Treffen gegangen? Wie waren sie angezogen? War das Verhalten leichtfertig? Für die Betroffenen eine Zumutung. Wir brauchen in Österreich ein neues Verständnis von einvernehmlicher Sexualität.

Nur Ja heißt Ja.

In mehr als der Hälfte der europäischen Länder ist das Zustimmungsprinzip vorgesehen, wie etwa in Schweden, Spanien und Großbritannien. Die Erfahrungen sind gut. "Nur Ja heißt Ja" ist eine langjährige Forderung der SPÖ-Frauen. Dieses Prinzip stellt einen wichtigen gesellschaftspolitischen Fortschritt dar. Nicht die Opfer sollen sich rechtfertigen, warum sie sich nicht stärker zur Wehr gesetzt haben, sondern die Angeklagten. Für sexuelle Handlungen braucht es immer Einverständnis. Diese im Grunde so simple Erkenntnis, ist längst nicht selbstverständlich.



"Sexuelle Belästigung endet nicht an der Bildschirmkante – auch online ziehen wir eine klare rote Linie."

Justizministerin Anna Sporrer

Foto: David Visnjic

Sicher feiern.

Tanzen, ausgelassen feiern – das muss unbeschwert möglich sein. Eine wichtige Initiative gegen sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum ist die Aktion "Ich bin dein Rettungsanker". Gestartet wurde die Aktion 2018 beim Donauinselfest, Europas größtem Freiluftfestival, von Vizebürgermeisterin und Frauenstadträtin Kathrin Gaál. Dabei geht es neben Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für Veranstalter*innen und Clubs, vor allem auch darum Betroffene schnell zu unterstützen. Immer mehr Veranstalter*innen beteiligen sich an der Initiative.

Mit dem Nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen sollen die Erfahrungen auch bundesweit genutzt werden.

Informationskampagne

Ein immer häufigeres Problem sind K.O.-Tropfen, denn sie sind geruchslos, geschmacksneutral und unsichtbar. Das Frauenministerium hat eine Informations- und Aufklärungskampagne gestartet. Übergriffe und Gefahren wie K.O.-Tropfen haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Sicherheit beginnt dort, wo die Grenzen des oder der anderen respektiert und geachtet werden.

Digitale Belästigung.

Auch im digitalen Raum brauchen wir klare Spielregeln. Ein Fortschritt ist der sogenannte "Dick-Pic"-Paragraf. Laut einer Studie haben 7 von 10 jungen Frauen in Österreich schon mindestens einmal ungewollt ein Dick-Pic (Penisbild) erhalten. Dabei geht es den Absendern in erster Linie um den Ausdruck von Macht und Dominanz. Grenzen werden bewusst überschritten. Nun gibt es Konsequenzen.

Wer unerwünschte Genitalbilder per E-Mail, SMS, Messenger Dienst oder über Dating-Apps versendet, macht sich damit strafbar.

Gewaltfrei arbeiten.

er Umgangston wird immer rauer. Beschimpfungen, Attacken, sexuelle Belästigungen - in einigen Branchen wie dem Handel und der Gastronomie ist die Gewalt am Arbeitsplatz besonders schlimm, aber das Problem zieht sich quer durch alle Berufsfelder: Jede dritte Frau und jeder fünfte Mann in Österreich waren bereits betroffen.

Internationales Übereinkommen

Seit September dieses Jahres Übereinkommen das Internationale Beseitigung von Gewalt Belästigung in der Arbeitswelt (ILO 190) in Österreich in Kraft. Die Prävention und Bekämpfung von Gewalt in der Arbeitswelt werden damit verbindlicher je zuvor verankert. Geschützt sind alle Personen in der Arbeitswelt, unabhängig vom Beschäftigungsstatus also Praktikant*innen, Leiharbeitende, Beschäftigte im informellen Sektor, Bewerber*innen oder Menschen auf Arbeitssuche. Gewalt und Belästigung umfassen dabei nicht nur körperliche Angriffe, sondern auch psychische Gewalt, sexuelle Belästigung, Mobbing und Übergriffe im digitalen Raum.



"Jeder Mensch hat das Recht, ohne Angst zur Arbeit zu gehen. Gewalt und sexuelle Belästigung dürfen niemals ein Berufsrisiko sein."

Arbeits- und Sozialministerin Korinna Schumann

Handlungsauftrag für Betriebe

Die Arbeitgeber*innen sind verpflichtet, umfassende Schutzmaßnahmen zu ergreifen, das beinhaltet die Erstellung eines sicheren Arbeitsumfelds, die Entwicklung von Strategien zur Konfliktbewältigung, die Benennung von Anlaufstellen für Betroffene und die regelmäßige Überprüfung von Maßnahmen zur Gewaltprävention.

Hilfe suchen

Für Betroffene ist es wichtig, die Situation zu dokumentieren und rasch Unterstützung holen - bei Betriebsrät*innen, Vertrauenspersonen oder Gleichbehandlungsbeauftragten. Unterstützung bieten auch Arbeiterkammer, Gewerkschaften und die Gleichbehandlungsanwaltschaft.

Act4Respect

Zur Information, Beratung und Unterstützung von Betroffenen von sexueller Belästigung gibt es darüber hinaus eine österreichweite Hotline "Act4Respect" mit der Telefonnummer: 0670 600 70 80, eine Initiative des Vereins Sprungbrett und der Arbeiterkammer Wien.

Infos: sprungbrett.or.at

Ein klarer Handlungsauftrag für die Regierung

Der Schutz vor Gewalt hat für die Bundesregierung oberste Priorität. Das betrifft alle Bereiche des täglichen Lebens. Frauenministerin und SPÖ-Frauenvorsitzende Eva-Maria Holzleitner erklärt im Interview, warum ein Nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen so wichtig ist. Auch die soziale Sicherheit und die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen stehen im Fokus.

Sicherheit ist ein wichtiges Thema für Frauen. Wie wird die Regierung den Schutz ausbauen?

Jede dritte Frau ist in Österreich von Gewalt betroffen. Das ist ein klarer Handlungsauftrag für uns. Deswegen ist eine der ersten Maßnahmen, die die Regierung gesetzt hat, die Entwicklung eines Nationalen Aktionsplanes gegen Gewalt an Frauen. Es hat über den Sommer ein großer partizipativer Prozess stattgefunden. Expert*innen, Vereine und Organisationen wie die Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Gewaltschutzeinrichtungen, Opferschutzanwält*innen, dem Frauenring und anderen. Mit ihrer Expertise haben wir den Nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen entwickelt. Wichtig ist, dass wir rasch handeln und den Schutz bestmöglich ausbauen.

Was ist das Ziel des Nationalen Aktionsplanes gegen Gewalt an Frauen?

Der Nationale Aktionsplan zeigt die gesamtgesellschaftliche Aufgabe im Bereich des Gewaltschutzes auf. Jedes einzelne Ressort beleuchtet im eigenen Tätigkeitsbereich Lücken im Gewaltschutz. Gemeinsam suchen wir Lösungen und finden Maßnahmen, um diese zu schließen. Es ziehen alle an einem Strang und gerade das ist für den bestmöglichen Schutz von Frauen und Mädchen dringend notwendig.

Die SPÖ-Frauen machen sich für eine Verschärfung des Sexualstrafrechts stark "Nur Ja heißt Ja". Was bedeutet das?

"Nur Ja heißt Ja" bedeutet Selbstbestimmung. Es sollte bei sexuellen Handlungen klar sein, dass es von beiden Seiten Zustimmung braucht. Dass man nur das tut, was man wirklich gemeinsam möchte. Das ist eine klare Modernisierung, aber auch Verschärfung des Sexualstrafrechtes. Es kann nicht sein, dass Opfer, weil sie nicht laut genug "Nein" gesagt haben, dann beschämt oder stigmatisiert werden. Wir wissen, dass es bei Übergriffen oft zu Schockstarren, dem sogenannten Freezing, kommt. "Nur Ja heißt Ja" ist eine wichtige Verbesserung und ein Paradigmenwechsel.

Die Verurteilungsrate bei Sexualdelikten ist sehr niedrig. Wie kann das geändert werden?

Wir wollen von den besten Ländern lernen. In Spanien, Großbritannien, Irland, Schweden und auch anderen Ländern gibt es das Zustimmungsprinzip bereits. Das hat zu einer Steigerung der Verurteilungen geführt. Ein weiterer Schritt ist auch die Beweissicherung, die wollen wir durch das flächendeckende Ausrollen der Gewaltambulanzen in den kommenden Jahren garantieren.

Welche Erfahrungen gibt es mit Gewaltambulanzen?

Gewaltbetroffene Frauen können zu einer Gewaltambulanz gehen – aktuell gibt es sie in Wien und in der Steiermark - und sich Beweise sichern lassen. Es gibt Untersuchungen des ganzen Körpers und es werden die Gewaltspuren gerichtsfest dokumentiert. Das gibt den Opfern von Gewalt die Sicherheit, dass die Beweise vor Gericht auch anerkannt werden.

K.O.-Tropfen werden immer mehr zur Gefahr, was kann man tun?

Es ist wichtig, die Schuld beim Täter zu benennen. K.O.-Tropfen zu verabreichen ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat. Den Tätern muss das bewusst sein. Wir haben in der Bundesregierung eine Informationskampagne gestartet und über die Hilfsangebote wie Gewaltschutzeinrichtungen



und Gewaltambulanzen informiert. Alle, die von Gewalt betroffen sind, sollen wissen, wo sie sich hinwenden können. Wer zu einem Fest geht, soll ausgelassen feiern können und eine unbeschwerte Zeit erleben. Feiern ohne Folgen, das ist ein Recht, das allen zusteht.

Wie hängen Gewaltschutz und Soziale Sicherheit zusammen?

Ökonomische Unabhängigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben frei von Gewalt. Daher sind alle Maßnahmen, die Frauen unterstützen – wie die Lohntransparenz – so entscheidend. Frauen verdienen nach wie vor deutlich weniger als Männer und auch die Pensionsunterschiede sind noch immer riesig. Das wollen wir ändern! Frauen sollen zu jedem Zeitpunkt wissen, dass sie sich aus Gewaltbeziehungen lösen können und dass ihre Existenz gesichert ist.

Die SPÖ-Frauen sind in diesem Jahr wieder durch Österreich getourt. Gibt es daraus Erfahrungen, die für die laufende Arbeit wichtig sind?

Die Bundesländertour ist in jedem Sommer unglaublich bereichernd, weil wir so viele Menschen treffen, die sich tagaus, tagein für andere Frauen einsetzen und dabei Großartiges bewirken. Wir SPÖ-Frauen haben uns sehr viel mitgenommen, sehr viele positive Eindrücke bekommen, aber auch Baustellen, die nach wie vor in unserem Land bestehen. Deshalb war es auch so wichtig, dass wir in der Regierung für 2026 das Frauenbudget, aus dem Beratungseinrichtungen finanziert werden, absichern konnten. Damit senden wir ein klares Signal, dass bei den Fraueneinrichtungen trotz des nationalen Spardrucks nicht gespart werden darf.

Gab es ein Erlebnis, dass besonders einprägsam war?

Es gab in allen Bundesländern sehr viele spannende Betriebsbesuche, Gespräche in Fraueneinrichtungen, mit Kommunalpolitiker*innen, Treffen mit engagierten Frauen und Männern. In Linz gab es beispielsweise einen informativen Rundgang in der Stadt, in dem es um die Situation von arbeitslosen Alleinerzieher*innen in Oberösterreich ging, von der Arbeitsplatzsuche angefangen, über fehlende Kinderbildungseinrichtungen bis hin zu schlimmen ökonomischen Sorgen wie das Finden einer leistbaren Wohnung. Es sind so viele Dinge, die Frauen tagtäglich bewältigen müssen. Auch dieses "vor Kindern stark sein zu müssen", ob-

wohl die Situation so prekär ist. Das hat mich sehr bewegt und zeigt, wie dringend notwendig laute Frauenpolitik ist.

Was plant die Regierung für Alleinerzieher*innen?

Eine sehr wichtige Maßnahme ist der Unterhaltsgarantiefonds, damit bei einer Trennung, bei der der Expartner nicht zahlen will oder zahlen kann, schneller reagiert werden kann. Damit es in dieser Überbrückungsphase rascher finanzielle Sicherheit gibt.

Wie kann die Situation von Frauen generell verbessert werden?

Wir alle in der Regierung ziehen an einem Strang und wollen rasch vorankommen. Als Sozialdemokratin freut mich besonders die Zusammenarbeit mit meinen sozialdemokratischen Kolleginnen, die engagierte Feministinnen sind: Justizministerin Anna Sporrer, Arbeits- Sozial- und Gesundheitsministerin Korinna Schumann mit Staatssekretärin Ulrike Königsberger-Ludwig an ihrer Seite und Sportsstaatssekretärin Michaela Schmidt. So schaffen wir den feministischen Aufschwung, den unser Land so dringend braucht.



Ich freue mich, wenn es einer Frau wieder gut geht.

Doris Horvath leitet die Frauenberatungsstelle Oberpullendorf. In unserer Serie "Frauenleben", in der Beschäftigte aus unterschiedlichen Berufen zu Wort kommen, erzählt sie über den Arbeitsalltag in der Beratungsstelle.

Pionierin in ihrem Bereich

Für feministische Themen engagierte sich Doris Horvath schon mit 13 Jahren. Damals gab es Selbstbewusstseinsseminare für Mädchen und Frauen, initiiert von Johanna Dohnal. In diesen Gruppen war sie meistens die Jüngste. Nach Handelsakademie, Familiengründung und einem Job in der Büroorganisation, baute sie gemeinsam mit einer Kollegin in den neunziger Jahren die Frauenberatungsstelle auf. Am Anfang waren sie nur zu zweit, Teilzeit beschäftigt und Pionierinnen auf diesem Gebiet. Es gab ein erstes EU-Projekt, in dem Ausbildungsseminare für Beraterinnen entwickelt wurden. "Wir hatten damals den Begriff der Femagogin im Sinn. Der Begriff hat sich zwar nicht durchgesetzt, aber geblieben ist der ganzheitliche Ansatz in der Beratung", erzählt Doris Horvath.

Gegenseitiger Austausch

Mittlerweile hat die Frauen- und Familienberatungsstelle Oberpullendorf 12 Mit-

arbeiterinnen, die auf unterschiedliche Themen spezialisiert sind. Dazu kommt das Frauenberufszentrum, das ganz in der Nähe und ebenfalls gut erreichbar ist. Im Jahr wenden sich rund 1000 Frauen an die Beratungsstelle, viele kommen wieder, oft jahrelang. Jährlich werden mehr als 7000 Beratungen angeboten, eine Beratung dauert bis zu eineinhalb Stunden. Doris Horvath übernimmt als Leiterin die Erstberatung, klärt ab welches Thema im Vordergrund steht und übergibt dann an eine ihrer Kolleginnen. Der Austausch und die Kommunikation der Mitarbeiterinnen untereinander sind von großer Bedeutung. "Wir haben regelmäßige Team-Meetings, da stimmen wir uns ab und können gemeinsam klären, was notwendig ist", so Horvath.

Beratung und Unterstützung

"Mit dem Thema Gewalt haben wir täglich zu tun. Oft geht es zunächst um etwas anderes aber im Laufe des Gesprächs erzählt die Klientin von ihren Gewalterfahrungen. Auch im Frauenberufszentrum ist das oft später, meist nach mehreren Wochen, ein Thema. Manchmal ist der Kurs die einzige Möglichkeit für Frauen aus dem Haus zu gehen", sagt Horvath. Je nach dem, was gebraucht wird, wird gehandelt. Manchmal muss es rasch gehen. Dann wird die Polizei eingeschalten, ein Betretungsverbot erwirkt und ein Transport ins Frauenhaus organisiert. Es kann aber auch lange dauern, bis eine Frau bereit ist, sich zu trennen. Finanzielles spielt dabei eine große Rolle, aber auch die Frage wer in der Familie sonst noch involviert ist. Gibt es Erfolgserlebnisse? Im Frauenberufszentrum sind sie gut messbar, mehr als die Hälfte der Frauen hat nach dem Kurs einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildungsstelle. "Bei der Beratung freue ich mich einfach, wenn es einer Frau gut geht. Wenn sie eine Veränderung erzielt hat, sich aus einer gefährlichen Beziehung befreit hat oder sonst eine gute Entwicklung", sagt Horvath.

6 Feministin

DORIS HORVATH IM WORDRAP

Zuwenig Verurteilungen

Was hat sich im Gewaltschutz geändert seit der Gründung der Frauenberatungsstelle? Positiv ist, dass es heute viel mehr Schutzmöglichkeiten und mehr Aufmerksamkeit für das Thema gibt als früher. "Aber das Problem ist, dass es so wenig Verurteilungen gibt, dass sich die Frauen ständig rechtfertigen müssen. Das macht mich wütend", sagt Doris Horvath. Das Zustimmungsprinzip – Nur Ja heißt Ja – würde viel verändern, meint sie. "Das müssen wir trommeln, bis es überall angekommen ist!"

- Ich arbeite als Leiterin der Frauen- und Familienberatungsstelle in Oberpullendorf.
- Von der Regierung wünsche ich mir allen voran, dass Frauenrechte gestärkt werden.
- Mir ist wichtig, dass das Einkommen von Frauen und Männern endlich gleich ist.
- Kraft gibt mir, die Arbeit mit Frauen und die Ergebnisse unserer Arbeit.
- Ich freue mich, wenn es warm ist und ich mehr Sonne sehe.
- **Am meisten ärgere ich mich**, über strukturelle Ungleichheiten und Steine die Frauen in den Weg gelegt werden.
- **Ich wünsche mir**, dass Frauen mehr Selbstbewusstsein entwickeln und sich trauen, ihre Träume zu verwirklichen.
- In der Freizeit finde ich meinen Ausgleich beim Radfahren und schwimmen.

Es herrschte so eine große Aufbruchstimmung! 30 Jahre Weltfrauenkonferenz

ie vierte und bisher letzte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen (UN) fand vor 30 Jahren 1995 in Peking statt. Dort verabschiedeten 189 UN-Mitgliedstaaten das bis heute umfassendste internationale Konzept zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung von Frauen und Mädchen unter dem Motto "Handeln für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden". An der Konferenz und dem dazugehörenden NGO-Forum nahmen über 40.000 (!) Frauen teil, davon 40 aus Österreich. Mit der Verabschiedung der Pekinger Deklaration und Aktionsplattform gilt diese, bisher letzte UN-Weltfrauenkonferenz, als Meilenstein für die Stärkung der Frauenrechte.

Gertrude Eigelsreiter-Jashari, die in Peking als NGO-Vertreterin in der österreichischen Regierungsdelegation mit dabei war, kann sich noch gut an die Atmosphäre erinnern, die damals herrschte: "Es war schon im Flugzeug so eine Aufbruchstimmung, wir waren euphorisch, alles schien möglich! Manche Frauen reisten mit der transsibirischen Eisenbahn über drei Wochen lang an. Das Besondere in der Planung der Konferenz war, dass Johanna Dohnal als damalige Frauenministerin nicht nur Politikerinnen, sondern Frauen aus nicht-staatlichen Organisationen, der Frauenbewegung und Vertreterinnen von frauenspezifischen Institutionen aus allen Regionen Österreichs eingebunden hat. So

konnte sogar ich aus einer kleinen NGO aus Niederösterreich teilnehmen." Für Eigelsreiter-Jashari waren die zentralen Erfolge der Konferenz einerseits Gender Mainstreaming, eine Geschlechterperspektive auf allen Ebenen in allen Bereichen eines Staates und anderseits die Anerkennung von unbezahlter Arbeit (neben Hausarbeit auch Care/Sorgearbeit, Pflege u.a.), die zum ganz großen Teil von Frauen durchgeführt wird. Diese Stunden wurden in Folge durch die Erhebung von Daten bewertet und so überhaupt erstmals sichtbar gemacht.

Die Pekinger Deklaration und Aktionsplattform verabschiedete bahnbrechende und noch heute relevante Dokumente. Maßnahmen für unterschiedliche Stakeholder*innen in zwölf Schwerpunktbereichen, die Armut, Bildung, Gesundheit, Gewalt, bewaffnete Konflikte, Politik, wirtschaftliche Ungleichheit, Mädchen, Umwelt, Institutionen, Menschenrechte und Massenmedien. Jede Frau und jedes Mädchen soll ein Leben frei von Gewalt und Diskriminierung führen und ihre Rechte verwirklichen können. Die weltweite feministische Vernetzung über die folgenden Jahre ist für Gertrude Eigelsreiter-Jashari eine weitere positive Folge von Peking 1995. Vor allem auch mit den Ländern des globalen Südens gab es bereits im Vorfeld und auch in der Nacharbeit einen intensiven Austausch. Dass seit 1995 keine Weltfrauenkonferenz mehr stattfand, sei enttäuschend. "Uns wurde gesagt, es fehle an Ressourcen. Dabei gab es kurz darauf zwei große internationale IT-Konferenzen, da war Geld offenbar kein Thema. Gespart wird immer als Erstes bei Frauenthemen. Die feministische Aufbruchstimmung von damals ist großteils angesichts des aufkommenden Backlashs verflogen. Vergessen wurde sie aber auch 30 Jahre danach nicht, weil ihre Folgen noch heute das Leben von Millionen Frauen verbessern."



GERTRUDE EIGELSREITER-JASHARI

Promovierte Soziologin, Sozial- und Kulturanthropologin, Universitätslektorin, Akademische Referentin für feministische Bildung und Politik, u.a. Mitarbeiterin bei WIDE- Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven und Mitglied in der Frauenfriedensbewegung - WILPF

Sozialistin

Ein gutes und sicheres Zuhause für alle.

Millionen Österreicher*innen leiden unter der Wohnkosten-Explosion der vergangenen Jahre. Die Vorgängerregierung sah tatenlos dabei zu, wie Inflation, Energiepreise und Mieten in die Höhe schossen. Für die SPÖ ist klar: Wohnen muss wieder leistbar werden. Wohnen ist ein Grundrecht.



"Wohnen darf kein Luxus sein. Die Menschen haben ein Recht auf ein leistbares und sicheres Zuhause. Wir stellen sicher, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen."

Vizekanzler, Wohnminister und SPÖ-Parteivorsitzender Andi Babler

Meilensteine

In den vergangenen Monaten wurden von der Regierung wichtige Maßnahmen umgesetzt, die Mieter*innen spürbar entlasten und mehr Sicherheit am Wohnungsmarkt schaffen. Die geregelten Mieten dürfen 2025 nicht erhöht werden. Das hilft 2,7 Millionen Mieter*innen, etwa in Altbauwohnungen, Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen. In den kommenden beiden Jahren folgen Preisdeckel bei geregelten Mieten. Die Verlängerung der Mindestbefristung von Mietverträgen von drei auf fünf Jahre erhöht die Planungssicherheit für Mieter*innen. Erstmals gibt es mit einer Mietpreisbremse auch Preiseingriffe bei unregulierten Mieten und damit bei Neubauwohnungen – ein historischer Schritt. Aber es bleibt weiter viel zu tun: Wir brauchen Konsequenzen für überhöhte Mieten und fehlende Sanierungen. Ziel ist ein modernes Mietrecht, das Klarheit, Fairness für alle Seiten und durchsetzbare Regeln schafft

Alleinerziehende unterstützen.

Frauen, besonders Alleinerziehende, sind stärker von steigenden Wohnkosten betroffen. Aufgrund von Doppelbelastungen wie vermehrte Teilzeitarbeit und unbezahlter Care-Arbeit haben sie oft ein geringeres Einkommen. Die Frage von leistbarem Wohnraum ist für sie daher von besonderer Bedeutung. Wir wollen für ganz Österreich ein "Wohn-Ticket für Alleinerziehende" nach dem Wiener Vorbild und verstärkte Beratungsangebote.

Wohnschirm wird verlängert.

Der Wohnschirm hilft als Programm des Sozialministeriums in individuellen Krisensituationen, schützt vor Wohnungslosigkeit und verhindert erneute Notlagen. Diese Maßnahmen kommen auch Jugendlichen und jungen Erwachsenen zugute, die in steigendem Ausmaß von Obdachlosigkeit betroffen sind.

Leistbares Wohnen

Was sind geregelte/ungeregelte Mieten? Für wen gilt der Mietpreis-Stopp? Gilt der Mietpreis-Stopp auch für Gemeindewohnungen? Wie funktioniert die Mietpreisbremse für unregulierte Mieten?

Auf der Homepage spoe.at gibt es Fragen und Antworten sowie zahlreiche Infos zum Thema Wohnen.



www.spoe.at/wohnen







www.frauen.spoe.at Newsletter: Anmeldung über die Homepage Kontakt: frauen@spoe.at